

Vermerk
Wirtschaftssenatoren des BVMW am 03.12.2010
Kurzstatement

In einem Statement vor den Wirtschaftssenatoren des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW) erklärte das Mitglied des politischen Beirats des Verbandes, der Politik- und Unternehmensberater Otto Bernhardt, unter anderem Folgendes:

1.

Deutschland bleibt Wachstumslokomotive in Europa und einer der Spitzenreiter in der Welt. Inwieweit dies nachhaltig ist, kann niemand abschließend voraussagen.

2.

Basel III = strengere Anforderungen an die Qualität des Eigenkapitals von Kreditinstituten und höhere Eigenkapitalunterlegung, insbesondere bei risikoreichen Bankgeschäften, ist eine wichtige und notwendige Konsequenz aus der internationalen Finanzkrise. Den deutschen Verhandlungsführern aus der Bundesbank und der BaFin ist es gelungen, erträgliche Bestimmungen für die Kreditgewährung an mittelständische Unternehmungen in Deutschland im Baseler Ausschuss durchzusetzen. Davon konnten Präsident Mario Ohoven, der Chefvolkswirt unseres Verbandes, Dr. Michael Vogelsang, und ich mich in einem Gespräch mit dem Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Prof. Dr. Zeitler, in Frankfurt überzeugen.

3.

Der Euro ist in eine kritische Situation gekommen. Das kann Fachleute mit einem guten Gedächtnis eigentlich nicht überraschen. Im Vorfeld der Euroeinführung wurden zwei Szenarien diskutiert, die unter den Begriffen „Krönungstheorie“ und „Lokomotivtheorie“ bezeichnet wurden. Die Anhänger der Krönungstheorie sprachen sich dafür aus, zunächst die Wirtschafts- und Finanzpolitik in den EU-Staaten zu vereinheitlichen und dann quasi als „Krönung“ eine gemeinsame Währung einzuführen. Aus vielen persönlichen Gesprächen weiß ich, dass Gerhard Stoltenberg zu dieser Theorie tendierte. Die Mehrzahl der damals verantwortlichen Politiker, insbesondere auch Helmut Kohl, vertraten die Auffassung, dass dieser Weg zu lange dauern würde, und plädierten für eine kurzfristige Einführung des Euros und vertraten die Auffassung, dass die Einführung quasi wie eine Lokomotive die Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der entsprechenden Staaten mehr oder weniger automatisch herbeiführen würde. Die zweite Auffassung hat sich europaweit durchgesetzt, aber die Erwartung an eine Angleichung der Wirtschafts- und Finanzpolitik haben sich nur bedingt erfüllt. Auf Dauer können Staaten mit sehr unterschiedlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik und damit mit sehr unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung keine gemeinsame Währung haben. Als optimistischer Realist gehe ich davon aus, dass die Verantwortlichen insbesondere in der Europäischen Kommission und in der Europäischen Zentralbank dies erkannt haben und die notwendigen Maßnahmen einleiten und durchführen. Nur so kann der Euro langfristig gerettet werden. Jene Währung, von der insbesondere Deutschland bisher stark profitiert hat.

Berlin, 03.12.2010

Otto Bernhardt
Politik- & Unternehmensberatung